

Das sogenannte 100-Tage-Programm der SPD

Pompöse Fassade, aber nichts dahinter

Zur Vorstellung des 100-Tage-Programms der SPD erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Das sogenannte 100-Tage-Programm der SPD präsentiert sich als eine Mixtur aus unbezahlbaren Versprechungen und politischen Seifenblasen. Wo das Programm scheinbar neue Ideen enthält, wie etwa das sogenannte Zukunftsbündnis, handelt es sich um plumpe Plagiate. Aufbau Ost und wirtschaftliche Belegung in Deutschland sind längst vom Bundeskanzler auf den Weg gebracht. Regelmäßige Runden mit den Verantwortlichen sind Bestandteil der Regierungsarbeit.

Die SPD schreckt leider nicht einmal vor dem traurigen Versuch zurück, Neidgefühle zu schüren und den Solidarpakt zu brechen. Das 100-Tage-Programm ist ein Dokument der Inkompetenz. Es liest sich wie eine Gebrauchsanleitung zum Abwürgen des Aufschwungs.

● Das Programm ist unseriös und unsolide. Kein einziges der zahlreichen Wahlversprechen ist sauber finanziert. Allein die angekündigten Zusatzprogramme würden ein Finanzloch von 50 Milliarden Mark reißen.

● Eine solche Deckungslücke könnte die SPD nur mit einer gewaltigen Erhöhung der Staatsverschuldung oder mit neuen Steuern ausgleichen. Die Stabi-

HEUTE AKTUELL

- **Sozialdemokraten**
Jeder SPD-Tag reißt ein Loch von 500 Mill. Mark. Seite 4
- **3. Oktober**
Roman Herzog: Ostdeutschland ist heute schon ein Laboratorium des Neuen. Seite 11–14
- **Innere Sicherheit**
Mehr Bürgernähe durch eine einheitliche Polizeirufnummer. Seite 15
- **Landwirtschaft**
Reiner Böge: Landwirtschaft stärken statt Bauern entmutigen. Seite 18
- **Kunst und Kultur**
Die Kulturpolitik des Bundes im Zeichen der Vereinigung. Seite 20
- **16. Oktober**
Wahlkampf-Endspurt. Selbstverständlich wählen gehen. Seite 25–27

Der Aufschwung hat
jetzt auch den Arbeits-
markt erreicht. Seite 9

Die SPD versteht nichts von Wirtschaft

Zum 100-Tage-Programm der SPD erklärte der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl: Das 100-Tage-Programm der SPD zeigt, wie man in 100 Tagen erreichte Fortschritte zerstören und Zukunftschancen vernichten kann:

- Die SPD stellt ungedeckte Schecks in Milliarden-Höhe aus. Ihre Versprechungen summieren sich auf über 50 Milliarden D-Mark, das heißt: Jeder SPD-Tag kostet mehr als 1/2 Milliarde D-Mark.
- Die SPD setzt die steuerlichen Dauerschrauben bei den Leistungsträgern, die investieren und Arbeitsplätze schaffen sollen, an. Die Einführung einer 10 Prozent-Ergänzungsabgabe für sogenannte Besserverdienende

trifft vor allem Handwerker, Facharbeiter und kleine Gewerbetreibende.

Der Verzicht auf den Solidaritätszuschlag ist auch nicht nachvollziehbar, denn die SPD hat ihn gemeinsam mit der Koalition der Mitte im Solidaripakt beschlossen. Jetzt kündigt die SPD die Solidarität mit den Menschen in den neuen Bundesländern auf.

Das Programm ist ein erneuter Beweis:

Die SPD versteht nichts von Wirtschaft. Die Vorschläge gefährden massiv Wachstum und Arbeitsplätze. Dies ist auch nicht verwunderlich. Schließlich tragen sie die Handschrift eines Schattenministers, der sein eigenes Bundesland immer mehr dem Bankrott entgegentrieben hat.

(Fortsetzung von Seite 1)

lität der DM wäre dahin, die harte Kohl-Mark würde durch eine weiche Scharping-Mark abgelöst. Vor den Gefahren, die von Rot-Grün für die Währungsstabilität ausgehen, hat bereits die Schweizerische Bankgesellschaft gewarnt.

- Mit der geplanten Abschaffung des Solidaritätszuschlags kündigt die SPD den von ihr mitbeschlossenen Solidaripakt auf und leistet der Spaltung unserer Gesellschaft Vorschub. „Neid statt Solidarität“ steht als Grundgedanke hinter dieser Forderung.

- Die von der SPD geforderte Ergänzungsabgabe von 10 Prozent würde als Steuerhammer eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern treffen — den Facharbeiter ebenso wie den Handwerksmeister, die Operationsschwester ebenso wie die Filialeiterin. Die Leistungsbereit-

schaft der Bürger würde so erstickt, der Wirtschaft das Geld für Investitionen — und damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen — weggesteuert.

- Bei dem angekündigten Wohnungsbauprogramm verschweigt die SPD diskret, daß einen Großteil der Rechnung die Länder zahlen sollen. Die Forderung gerät vollends zum Hohn, wenn man weiß, daß zur gleichen Zeit Gerhard Schröder in Niedersachsen die Mittel für den sozialen Wohnungsbau um rund die Hälfte zusammenstreicht.

Am Ende würden von dem gesamten Programm ohnehin nur die Steuererhöhungen übrig bleiben. Denn die Verfallsdauer von Wahlversprechen beträgt bei der SPD offenkundig auch nur 100 Tage. Knapp 100 Tage hat Schröder gebraucht, um in Niedersachsen nahezu sämtliche Wahlversprechen zu brechen. Es diskre-



Foto: Laurence Chaperon

Peter Hintze verlost Gewinne

Für die Kampagne „CDU im Gespräch“ in den jungen Bundesländern und Berlin verlost Generalsekretär Peter Hintze jetzt die drei Hauptgewinne:

1. Preis (14 Tage Portugal für zwei Personen)

Herr Rolf Gruggl
Straße d. Solidarität 6
37339 Worbis

2. Preis (3 Tage Venedig für zwei Personen)

Frau Ricarda Reimer
Gr. Luderhager Weg 8
18437 Stralsund

3. Preis (3 Tage London für zwei Personen)

Herr Donnowski
Breiter Weg 28
39124 Magdeburg

Mit über 600 Einsätzen und zusätzlichen Werkstoreinsätzen läuft „CDU im Gespräch“ auch während des Bundestagswahlkampfes.

ditiert die SPD — und ist eine Beleidigung der Wähler —, wenn derselbe Mann jetzt wieder seelenruhig Versprechen abgibt.

Überhaupt schrumpft beim Blick auf die Fakten die gesamte Schatten-Truppe zu einem eher traurigen Trio zusammen. Kein einziger, bei dem nicht ein riesiges Glaubwürdigkeitsloch zwischen Versprechen und Fakten, zwischen Dichtung und Wahrheit klafft.

● Scharping will im Bund die Verwaltung straffen, hat aber in Rheinland-Pfalz das Kabinett und den bürokratischen Apparat in einer Weise aufgebläht wie keine Landesregierung zuvor.

● Schröder und Lafontaine versprechen einen Abbau der Arbeitslosigkeit, haben aber im Saarland und in Niedersachsen die höchste Arbeitslosenquote aller westdeutschen Flächenländer zu verantworten.

● Und ausgerechnet Lafontaine soll für die Finanzen zuständig sein — derselbe Mann, der als ungekrönter Schuldenkönig unter den Ministerpräsidenten die höchste Pro-Kopf-Verschuldung unter den Flächenländern aufzuweisen hat.

Das sogenannte 100-Tage-Programm der SPD erinnert an den Palast der 1000 Winde: Pompöse Fassade, aber nichts dahinter.

Jeder SPD-Tag reißt ein Loch von 500 Millionen Mark

Zum „100-Tage-Programm“ der SPD erklärte der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers:

Der einzige rote Faden, der sich durch das 100-Tage-Programm der SPD zieht, sind die roten Zahlen, die es produziert. Jeder SPD-Tag reißt ein Loch von 500 Millionen Mark. Nach 100 Tagen hätte die SPD bereits ein Defizit von 50 Milliarden Mark aufgehäuft. Ein milliarden-schweres Wahlversprechen nach dem anderen — der sozialdemokratische Gemischtwarenladen hält für jedermann eine staatliche Wohltat bereit: Dem Häuslebauer seine öffentlich subventionierte Solarzelle, für die Studenten die BAföG-Erhöhung, für den Steuerzahler die Befreiung vom Solidaritätszuschlag, für die Gewerkschaften den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit als Streikkasse. Das Programm enthält in Ziffer 16 das Eingeständnis der Unfinanzierbarkeit. Keine konkrete Zahl, keine nachvollziehbare Berechnung, nur vage Hinweise auf Umschichtungen. Stattdessen werden vier Steuererhöhungen angekündigt:

- Ergänzungsabgabe
- Abbau des Ehegatten-Splittings
- Erhöhung der Unternehmenssteuern
- höhere Steuern für Wohnungsinvestitionen

Der Rest wird durch Luftbuchungen finanziert.

Der Staat kann nur Geld verteilen, das er sich über Steuern und Abgaben oder am Kapitalmarkt verschafft. Beides wäre für den weiteren wirtschaftlichen Auf-

schwung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze tödlich.

Die Menschen wissen längst, daß sie für die Wahlgeschenke der SPD teuer bezahlen müssen. Es würde keine 100 Tage dauern, bis jedermann die Rechnung präsentiert wird. Man muß sich nur einmal einige der SPD-Vorschläge genauer ansehen:

● **Beispiel ERGÄNZUNGSABGABE.** Sie bringt etwa 7 Mrd. DM weniger als der geringere Solidaritätszuschlag. Die SPD verschweigt beharrlich, wie sie diese Lücke schließen will.

● **Beispiel WOHNUNGSBAU.** 100.000 zusätzliche Sozialwohnungen verspricht die SPD. Macht zwischen 10 und 15 Mrd. DM zusätzliche Kosten für Bund und Länder. Woher will die SPD das Geld nehmen? Wie sehr das SPD-Versprechen zum Himmel stinkt, zeigt sich vor allem darin, daß die SPD-geführten Länder, allen voran Niedersachsen und Hessen, ihre Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau radikal zusammenstreichen.

● **Beispiel ARBEITSLOSENVERSICHERUNG.** Die SPD will Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit verstärkt über Steuermittel finanzieren. Ein Prozentpunkt Arbeitslosenversicherungsbeiträge ergibt knapp 13 Mrd. DM. Gleichzeitig sattelt die SPD noch drauf, soll doch die Bundesanstalt für Arbeit zusätzliche Lohnkostenzuschüsse und Mittel für den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt bereitstellen. Wie will die SPD den Fehlbetrag finanzieren?

● **Beispiel KINDERGELD.** Das SPD-Versprechen, verbunden mit der Kapung des Ehegatten-Splittings, die bei vielen Familien zu Mehrbelastungen in

Höhe von mehreren tausend D-Mark führen würde, belastet den Bund mit zusätzlichen Kosten von über 19 Mrd. DM.

Wer solls bezahlen?

Selbst SPD-interne Berechnungen gehen für 1995 von einem Defizit von 7 Mrd., für 1996 sogar von 17 Mrd. DM aus.

Außerdem halten sie die von der SPD propagierte Kappung des Ehegatten-Splittings für verfassungsrechtlich sehr bedenklich.

● **Beispiel SCHLECHTWETTERGELD.**

Die Tarifpartner sind längst schon auf einem gemeinsamen Weg. Sie streben eine Jahreslohnlösung an, weil sie genau wissen, wie wichtig das für die Bauarbeiter ist und daß eine Subventionierung durch den Steuerzahler nicht mehr zu rechtfertigen ist.

● **Beispiel TEMPOLIMIT.**

In Sachen Tempolimit hat Schröder Scharping auf Null gebracht. Im Frühjahr: Scharping gegen Tempolimit. Im Sommer: Scharping für Tempolimit. Im Herbst: Scharping gegen Tempolimit.

● **Beispiel WIRTSCHAFTSPOLITIK.**

Was Scharping als „Zukunftsbündnis“ ankündigt, ist ein alter Hut. Die Bundes-

regierung hat es längst mit Erfolg umgesetzt. Es gab und gibt eine intensive Zusammenarbeit der Bundesregierung mit Gewerkschaften und Wirtschaft. Ohne diese Kooperation — z. B. im Rahmen der regelmäßigen Kanzlerrunde mit Wirtschaft und Gewerkschaften für den Aufbau Ost — hätte es weder das Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost gegeben noch den Solidarpakt oder das gemeinsam mit den Gewerkschaften erarbeitete und umgesetzte Konzept zur Erneuerung industrieller Kerne in den neuen Bundesländern.

Wahlkampf-Argumente

ENTSCHEIDUNG



94

● **Beispiel DEUTSCHE BUNDESBANK.**

Die SPD will die Preisstabilität aufs Spiel setzen. Durch den Versuch, die Deutsche Bundesbank parteipolitischen Zielen zu unterwerfen, werden 40 Jahre erfolgreiche Stabilitätspolitik und die Unabhängigkeit der Bundesbank in Frage gestellt.

Peter Hintze: In der nächsten Legislaturperiode das Ausländerrecht ändern

Die gewalttätigen Demonstrationen kurdischer Gruppen in den letzten Tagen fordern ein energisches Handeln des Staates. Die CDU wird deshalb in der kommenden Legislaturperiode das Ausländerrecht ändern und den Landsfriedensbruch als zwingenden Abschiebungsgrund im Gesetz verankern.

Wer für seine Ziele mit Gewalt gegen Sachen und Menschen vorgeht, wer Polizeibeamte angreift und die Regeln

des friedlichen Zusammenlebens verletzt, verwirkt sein Gastrecht in Deutschland. Die Einführung einer generellen doppelten Staatsbürgerschaft wird es mit der CDU nicht geben. Wer Konflikte seiner Heimatländer bei uns in Deutschland gewaltsam austrägt, muß unser Land verlassen. Dies geschieht auch im Interesse der übergroßen Mehrheit der friedlich mit uns zusammenlebenden ausländischen Mitbürger.

„100-Tage-Programm“ der SPD – vom ersten Tag an ein Rückschritt

Zur Präsentation des „100-Tage-Programms“ der SPD erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Die SPD hat in 12 Jahren Opposition nichts aus ihren Fehlern der 70iger Jahre gelernt. Unter dem Deckmäntelchen der sozialen Gerechtigkeit oder der Ökologie werden Haushaltslöcher aufgerissen, die Wirtschaft zusätzlich belastet und damit Arbeitsplätze ins Ausland getrieben. Ungedeckte Ausgaben aber führen zu Steuererhöhungen oder treiben die Nettokreditaufnahme und die Zinsen hoch, die Stabilität der D-Mark wird damit gefährdet. Statt sozialen Fortschritts wäre das ein Rückschritt auf der ganzen Linie.

Sozial ungerecht

Die SPD behauptet und verspricht, weder die Steuer- und Abgabequote noch die Nettokreditaufnahme zu erhöhen und einen strikten Konsolidierungskurs zu verfolgen. Andererseits werden zahlreiche kostenintensive Maßnahmen angekündigt, für die keine plausiblen und ausreichenden Deckungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Die Einführung einer Ergänzungsabgabe von 10 Prozent auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer führt nicht nur zu einer stärkeren Belastung von Leistungswilligen und Investitionskraft im Mittelstand, sondern zugleich zu einer Deckungslücke für den Bundeshaushalt in einer Größenordnung von mindestens 7,5 Mrd DM. Wenn die SPD mit ihrer Ergänzungsabgabe das gleiche Einkommen erzielen will wie mit dem Solidaritätszuschlag, müßte die SPD-Ergänzungsabgabe schon ab einem Bruttoeinkommen

von rd. 44.000 DM (Alleinstehende), also bei 13 Gehältern ab rd. 3.400 DM im Monat erhoben werden. Das ist sozial ungerecht.

Der Solidaritätszuschlag der Bundesregierung dagegen ist gerecht: Jeder muß nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einen Beitrag leisten. Der Solidaritätszuschlag in Höhe von 7,5 Prozent bedeutet für die unteren Einkommensgruppen eine Belastung von 1,5 Prozent des zu versteuernden Einkommens, für die oberen Einkommen eine Belastung von fast 4 Prozent.

Der Vorschlag der SPD für ein einheitliches Kindergeld in Höhe von 250 DM pro Kind und Monat bei gleichzeitiger Abschaffung der steuerlichen Kinderfreibeträge und der Kappung des Ehegattensplittings führt beim Bundeshaushalt zu Mindereinnahmen von 19 Mrd DM. Dafür hat sie aber keinen Deckungsvorschlag. Das geltende Ehegatten-Splitting entlastet demgegenüber gerade die Familien, in denen sich ein Ehepartner der Kindererziehung oder der Betreuung anderer Familienangehöriger widmet und auf bezahlte Erwerbstätigkeit verzichtet. Kinderlose Doppelverdiener würden durch die von der SPD vorgeschlagene Splitting-Einschränkung hingegen regelmäßig nicht getroffen.

Benzin soll 5 DM kosten

Auch die ökologische Steuerreform der SPD ist nichts anderes als ein massives Steuererhöhungsprogramm unter dem gerade kleine und mittlere Einkommen besonders leiden würden. Aus gutem Grund unterläßt es die SPD, vor der Bundestagswahl deutlicher zu werden. Dies

übernehmen die Grünen, potentieller Koalitionspartner der SPD: Benzin soll in Zukunft 5 DM kosten.

Erneut bemüht sich die SPD um mittelstandsfreundliche Rhetorik. In der Mittelstandspolitik ist die SPD aber nicht die „Speerspitze“ des Fortschritts, die Spitze des Speers der SPD richtet sich vielmehr gegen den Mittelstand. Nicht nur die SPD-Ergänzungsabgabe in Höhe von 10 Prozent und ihr Angriff auf das Ehegatten-Splitting sind mittelstandsfeindlich; hier hat sie noch viel mehr zu bieten wie z.B. mittelstandsfeindliche Steuverschärfungen bei Umstrukturierungen von Betrieben oder die Einschränkung von Rückstellungsmöglichkeiten.

Keine Alternative

Die Bundesregierung hat mit ihrem Haushaltsentwurf für 1995 und dem Finanzplan 1994 bis 1998 eine solide Grundlage für die finanzpolitischen Entscheidungen der nächsten Legislaturperiode vorgelegt.

Zur steuerpolitischen Linie der Bundesregierung bietet die SPD keine Alternative: Die Bundesregierung wird durch eine

konsequente Finanz- und Steuerpolitik die Steuer- und Abgabenlast wieder zurückführen.

Eine Mehrwertsteuererhöhung ist nicht vorgesehen.

Wir werden die Steuerfreistellung des Existenzminimums ab 1996 im Rahmen eines leistungsgerechten Einkommensteuertarifs vornehmen und die Familienentlasten: In einem ersten Schritt soll der Kinderfreibetrag um rd. 1000 DM angehoben werden.

Keine neuen Arbeitsplätze

Das SPD-Regierungsprogramm ist sozial, familienfeindlich, wachstums- und konjunkturschädlich und schafft keine neuen Arbeitsplätze.

Wahlkampf-Argumente



Aktionsleitfaden „Schülerarbeit“ der Jungen Union

Mit ihrem neuen Aktionsleitfaden „Schülerarbeit“ gibt die Junge Union Deutschlands Tips für die zielgruppengerechte Ansprache von Schülerinnen und Schülern. Themenorientiert werden Veranstaltungen zur Schülerarbeit vorgestellt. Die Themenpalette reicht von der „klassischen“ Schülerarbeit mit Schülerzeitungen über Infoveranstaltungen zur Frage von betrieblicher Ausbildung oder Studium bis hin zu allgemeinpolitischen Themen. Presseberichte, Flugblätter

und Einladungen aus den verschiedenen Verbänden zeigen, wo die Ansprache von Schülerinnen und Schülern schon erfolgreich verwirklicht wurde.

Der Leitfaden kann zum Preis von 2,— DM pro Stück bei der Jungen Union Deutschlands, Annaberger Straße 283, 53175 Bonn, Telefon (02 28) 31 00 11, Telefax (02 28) 38 45 20, bestellt werden.

Probleme mit der Wirklichkeit

SPD-Strategen halten Nostalgie für die wahlentscheidende Stimmung

Das groß angekündigte 100-Tage-Programm der SPD entpuppte sich schnell als teurer Flop: Die Vorschläge der SPD würden den Steuerzahler 50 Milliarden DM kosten, für die es keine Gegenfinanzierung gibt. Die Pressekommentare nennen die offenkundigen Schwachstellen beim Namen:

„Viele ehrgeizige Ziele wurden (...) als Lockruf an die Wähler formuliert — und jede Menge Hintertüren offengelassen“, schrieb die **Rheinische Post** am 1. 10. 1994. Zum zentralen SPD-Plan, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen, heißt es in dem Kommentar weiter: „Bei den Verhandlungen zum Solidarpakt hatten die Sozialdemokraten einer solchen Abgabe ausdrücklich zugestimmt. Jetzt sollen wieder einmal die sogenannten Besserverdienenden erhalten.“ Kritik gibt es auch am Verkehrs-Konzept der SPD: „Unverbindlich bleibt nicht zuletzt die Aussage Schröders, der für das Bundesressort Wirtschaft, Verkehr und Energie vorgesehen ist: Sein Kommentar zu dem in der SPD einst heiß umstrittenen Thema Tempolimit beschränkte sich auf ein achselzuckendes Schauen wir einmal.“

Die Welt zieht beim Thema Arbeitsplätze folgendes Fazit: „Was die SPD heute verspricht, sind die alten Rezepte, durch trickreiche — und nicht seriös finanzierte — Subventionen Arbeitsplätze zu erzwingen. Alter Wein in neuen Schläuchen. Denn rentable Beschäftigung wird sich wie bisher diesen Versuchen entziehen.“ (4. 10. 1994)

Die FAZ kommentiert unter der Überschrift „Siebziger Jahre“ wie folgt: „Die politische Stimmung im Lande, meint SPD-Kanzlerkandidat Scharping zu spüren, sei wie in den siebziger Jahren. Offenbar glaubt er auch, daß politische Konzepte aus dem Parteiarchiv jener Zeit die richtige Antwort auf die politischen Herausforderungen seien, vor denen Deutschland steht. Das Hundert-Tage-Programm der SPD-Troika wirkt so vertraut alt-sozialdemokratisch, daß man glauben könnte, ihre Strategen hielten Nostalgie für die wahlentscheidende Stimmung.“ (4. 10. 1994)

In ihrem 100-Tage-Programm kündigt die SPD ein „Zukunftsbündnis für Deutschland“ an. Im Kommentar der FAZ heißt es dazu abschließend: „Ob andere (als die eingeschworenen SPD-Anhänger) den Blick zurück in die siebziger Jahre für einen Zukunftsentwurf halten, das muß man doch arg bezweifeln.“ (4. 10. 1994)

Zitat

In den vergangenen vier Jahren sind wir auf dem Weg zur inneren Einheit unseres Vaterlandes ein gutes Stück vorangekommen. Es gab kein Lehrbuch „Deutsche Einheit“ nach dem wir hätten handeln können. Auch diejenigen, die immer alles besser wußten, bestreiten nicht mehr, daß es aufwärts geht. Es wird immer deutlicher sichtbar, daß die „blühenden Landschaften“ im Entstehen sind und daß die wirtschaftliche und soziale Einheit Deutschlands gelingen wird.

Helmut Kohl

Der Aufschwung hat jetzt auch den Arbeitsmarkt erreicht

Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen der Bundesanstalt für Arbeit erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die konsequente Wachstumspolitik der CDU hat einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung herbeigeführt. Unser politischer Grundsatz „Wachstum schafft Beschäftigung“ wird eindrucksvoll bestätigt: Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit geht zurück, der Aufschwung gewinnt an Fahrt. Scharpings Miesmacherei wird von der Wirklichkeit widerlegt.

Wesentlichen Anteil an dieser positiven Entwicklung hat unsere Politik der Standortsicherung. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik auf hohem Niveau stellt sicher, daß Arbeitslose wieder echte Chancen auf dem Arbeitsmarkt finden — im Osten wie im Westen. In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß heute rund fünfmal mehr Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik aufgewandt werden als im letzten Jahr einer SPD-Bundesregierung. Wenn Herr Schröder jetzt darangeht, Mittel des Landes Niedersachsen für die Förderung von Arbeit zu sperren, dann wissen die Bürgerinnen und Bürger, was von den Versprechungen der SPD zu halten ist.

Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß die Zahl der Kurzarbeiter im Jahresvergleich um drei Viertel zurückgegangen ist. Dies belegt: Der wirtschaftliche Aufschwung ist kein kurzzeitiges Strohfeuer, sondern der Beginn einer langfristigen Erholung.

Es kommt jetzt entscheidend darauf an, den Aufschwung zu sichern und die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu stabilisieren. Damit es weiter aufwärts

geht, braucht Deutschland neue, innovative Produkte, moderne Produktionsanlagen und hohe Flexibilität bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Genau dies würden die Programme von SPD und Grünen mit ihren Ausstiegsszenarien, Verhinderungsstrategien und Beutelschneiderplänen verhindern. Die Lokomotive Wirtschaftsaufschwung ist in Fahrt. Rot-Grün würde das Abstellgleis für Wachstum und Beschäftigung bedeuten.

Im September 1994 waren in Deutschland insgesamt 3,493 Millionen Personen als arbeitslos registriert, das sind 142.000 weniger als im Vormonat.

● Arbeitsmarkt im Westen

Im Westen Deutschlands waren Ende September 1994 2,45 Millionen Menschen (Quote 7,9 Prozent) arbeitslos. Dies sind 78.000 weniger als im August 1994. Dies sind jedoch immer noch 164.000 mehr als im September 1993. Damals lag die Arbeitslosenquote bei 7,4 Prozent.

Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich im August 1994 gegenüber Juli 1994 um 70.000 erhöht. Das ist mehr als jahreszeitlich üblich. Damit kann der Arbeitsplatzabbau als gestoppt gelten.

Wahlkampf-Argumente



Mehr Beschäftigung durch Teilzeitarbeit

Hunderttausende zusätzlicher Arbeitsplätze könnten geschaffen werden, wenn die Teilzeitbeschäftigung auf ein Niveau wie in den Niederlanden ausgeweitet werden könnte, wo 35 Prozent aller Arbeitsplätze Teilzeitarbeitsplätze sind.

In einem Interview mit „**Frau und Politik**“ (4/94) bezeichnete der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit nicht nur als Schlüssel für mehr Beschäftigung von Frauen, sondern auch als eine Chance für Männer, mehr Zeit mit ihren Familien zu verbringen.

Helmut Kohl: Immer mehr Unternehmen erkennen inzwischen auch, daß es sich lohnt, auf individuelle Arbeits-

zeitwünsche einzugehen und dadurch zufriedener Mitarbeiter zu haben. Trotzdem haben sich nach Meinung des Bundeskanzlers Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen immer noch zu wenig darauf eingestellt, daß Millionen von Frauen im Berufsleben stehen. Die Diskussion über Teilzeitarbeit sei zwar — insbesondere auch durch die Initiativen der Bundesregierung — in Bewegung, aber bei weitem noch nicht zu den Ergebnissen gekommen, die wir dringend brauchen.

Der Bundeskanzler nahm darüber hinaus Stellung zu den Prioritäten, die Frauen in der Politik setzen, zu ihrer Beteiligung an Ämtern und Mandaten wie auch ihren Leistungen in der Geschichte.

Das vollständige Interview senden wir auf Anforderung gerne zu.

Die Wende am Arbeitsmarkt wird durch den starken Rückgang der Kurzarbeiterzahlen deutlich. Vor einem Jahr war die Kurzarbeiterzahl noch viermal so hoch wie heute.

Die Zahl der offenen Stellen war 15,8 Prozent höher als vor einem Jahr.

● Arbeitsmarkt im Osten

Im Osten Deutschlands waren Ende September 1994 1,041 Millionen Menschen (Quote 13,8 Prozent) arbeitslos. Das sind gut 64.000 weniger als im September 1994. Verglichen mit September 1993 war die Arbeitslosenzahl um 118.000 Personen niedriger.

Die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist auf 313.000 Personen gestiegen. Das sind knapp 111.000 Personen mehr als im Vorjahr.

Auf Maßnahmen nach § 249 h AFG entfällt knapp ein Drittel der in ABM tätigen Personen, nämlich 97.923.

Im September nahmen mit 255.000 Personen wieder deutlich mehr Menschen an Maßnahmen in beruflicher Weiterbildung teil als vor einem Jahr.

● Kurze Gesamtbewertung

Der konjunkturelle Tiefpunkt auf dem Arbeitsmarkt ist in Ost- und Westdeutschland überwunden worden. Im September 1994 war die Arbeitsmarktlage geprägt durch die übliche Herbstbelebung, positive konjunkturelle Impulse und den verstärkten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Entlastungselemente. Die Arbeitslosigkeit geht zurück und der Arbeitsplatzabbau ist zum Stillstand gekommen.

Bundespräsident Roman Herzog:

Ostdeutschland ist heute schon ein Laboratorium des Neuen

Zum vierten Mal begehen wir den Tag der Deutschen Einheit. Gemessen an vierzig Jahren der Teilung sind vier Jahre der Einheit nur wenig. Und doch gibt es bereits eine Geschichte des vereinten Deutschlands.

Zunächst war und bleibt es die Geschichte eines unerhörten Glücksfalls. Die Wiedervereinigung war ein Geschenk an alle Deutschen, und auf die Bürgerbewegung, die die Freiheit im Osten unseres Landes erkämpfte, können wir auch alle stolz sein.

Aber da gibt es auch die Geschichte einer übergroßen Erwartung, die sich inzwischen stellenweise in Enttäuschung gewandelt hat.

Ich kann das gut verstehen: Der Zusammenbruch aller gewohnten Strukturen in Ostdeutschland hat viele Menschen verunsichert und hat ihnen enorme Umstellungsleistungen abverlangt. Davor sollte niemand die Augen verschließen, und wir sollten alle dankbar anerkennen, daß viele Menschen diese Umstellungsleistungen unter großen persönlichen Opfern erbracht haben und täglich noch erbringen. Und im Westen gibt es ebenfalls Enttäuschungen: Vielen geht der Aufschwung im Osten zu langsam, und die 150 Milliarden, die alljährlich in den Aufbau der neuen Länder fließen, fehlen ja schließlich in den Kassen des Bundes, der Länder, der Kommunen und nicht zuletzt der privaten Haushalte.

Wie haben wir mit dieser Enttäuschung umzugehen?

Hier reicht es nicht aus, immer wieder die alten Fragen zu wiederholen — ob die DDR nicht doch reformfähig gewesen wäre, ob es richtig war, die Währungsunion so rasch durchzuführen, ob das Wirtschaftssystem des Westens humaner oder vielleicht weniger human ist als das der DDR, ob ein langsamerer, schonenderer Weg in die Einheit — ohne Auf-

Aus der Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog bei einem Festakt aus Anlaß des Tages der Deutschen Einheit in Bremen am 3. Oktober

rechterhaltung der Mauer — möglich gewesen wäre.

Darüber mögen eines Tages die Historiker streiten, und ich verstehe natürlich auch, daß in den Wahlkämpfen dieses Superwahljahres mitunter darüber gestritten wird.

Aber die Fragen, um die es jetzt wirklich geht, lauten ganz anders.

Das erste, worum es unvermindert zu gehen hat, ist der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Bundesländern. Hier ist vieles geschafft worden und vieles ist auf gutem Wege; das haben mir meine zahlreichen Besuche im Osten Deutschlands deutlich vor Augen geführt, wenn auch

die Hauptsorge, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, mit der Wiederbelebung der ostdeutschen Wirtschaft allein nicht zu schaffen sein wird. Aber es ist das eine, eine solche Entwicklung, die noch „unterwegs“ ist und gerade die ersten Früchte zeigt, von oben her zu betrachten und für gut zu befinden, und es ist etwas ganz anderes, in ihr „darinzustecken“, ja sich ihr ausgeliefert zu fühlen und das Licht am Ende des Tunnels, von dem die Sachverständigen sprechen, selbst eben als einfacher Bürger doch noch nicht zu sehen. Da ist auf beiden Seiten, im Osten wie im Westen, viel Geduld und viel Einsicht vonnöten, und nicht jeder bringt diese Geduld auf. Das ist der Grund für manche Irritationen der letzten Monate, bis in die Wahlergebnisse und in die Wahlbeteiligung hinein. Aber mit dem Erfolg werden auch diese Irritationen geringer werden und eines Tages vielleicht ganz verschwinden.

Und übrigens — das möchte ich mit Nachdruck sagen: Mit Wahlenthaltung ist hier überhaupt nichts zu gewinnen; sie stärkt nur die radikalen Flügelparteien, deren Anhänger in jedem Fall zur Wahlurne gehen.

Ostdeutschland ist heute schon ein Laboratorium des Neuen. Hier werden neue Formen von Eigentum und Management entwickelt, z. B. das management buy-out, die Gründung von regionalen Investitionsfonds, das Engagement von Risikokapital in Formen, die es im Westen eigentlich längst geben müßte. Hier wird das modernste Telekommunikationsnetz der Welt verlegt. Hier werden neue Verkehrssysteme getestet. In absehbarer Zeit wird im Osten vieles moderner und wettbewerbsfähiger sein als im Westen Deutschlands — und auch im Westen

Europas. Das ist ein gutes Pfund, in der Zukunft damit zu wuchern. Wir werden dieses Pfund auch gut gebrauchen können. Denn die Welt, in die uns die Jahrhundertwende stellt und in der unsere Kinder werden leben müssen, ist in einem Wandel begriffen, wie ihn wohl noch keine Generation vor uns erlebt hat. Ich erinnere nur an die sich weltweit herausbildende Abhängigkeit jedes Staates von jedem anderen, jeder Wirtschaft von jeder anderen, ich erinnere an die Leerräume, die der Zusammenbruch alter Ideologien mit sich gebracht hat, und an den Verlust scheinbarer Sicherheit, die viele Menschen daraus hergeleitet haben, ich erinnere an das Entstehen neuer, in ihrer Wirkungskraft noch gar nicht abschätzbarer Ideologien, an das Wiedererwachen von Nationalismen vor unserer Tür, an die Gefahren, die von manchen modernen Technologien auf die Arbeitsmärkte überstrahlen, und an vieles andere, was man hier noch anführen könnte.

Solche Zeiten haben die Menschen immer am besten bewältigt, wenn sie zwei Eigenschaften zeigten: erstens Flexibilität und zweitens Mut.

Ohne Flexibilität gelingt es keiner Gesellschaft, sich auf den dauernden Wandel in ihrer Umgebung rechtzeitig und mit Aussicht auf Erfolg einzustellen. In einem freiheitlichen Gesellschaftssystem ist das zunächst einmal ein Anruf an Wirtschaft und Technik; aber darüber will ich heute nicht reden und das ist auch nicht das einzige, worauf es ankommt. Gefordert sind auch die öffentlichen Verwaltungen und vor allem die Gesetzgeber. Natürlich müssen Recht und Verwaltung Übergriffe der Stärkeren auf die Schwächeren verhindern und natürlich haben sie auch die Würde von Mensch und Natur zu wahren. Aber sie sind nicht dazu da, Verkrü-

stungen zu bewahren und Visionen totzuschlagen. Nur wenn Wirtschaft, Verwaltung und Recht so flexibel, so innovativ und so kreativ werden, wie es die Zukunft verlangt, wird unser Land den Wettbewerb mit anderen bestehen und nur dann werden wir den hohen Standard unseres Wohlstandes — auch unseres sozialen Wohlstandes — verteidigen können.

Das ist ein Thema allerersten Ranges, das wir noch längst nicht im Griff haben. Niemand will gern auf seine Besitzstände verzichten, auch nicht auf liebgewordene Denkschablonen. Aber allzu defensives Besitzstandsdenken muß wieder der offensiven Wahrnehmung sich bietender Chancen weichen. Das war das Geheimnis des westdeutschen Wirtschaftswunders nach dem Krieg, und das wird auch der Schlüssel zur Erneuerung Deutschlands nach seiner Vereinigung sein.

Von den Aufgaben, die im internationalen Feld liegen, will ich heute nicht weiter sprechen. Unsere Verantwortung für das sich neu gruppierende Europa liegt auf der Hand. Nach Westen hin haben wir in vier Jahrzehnten bewiesen, daß wir diese Verantwortung sehen und daß wir sie ernst nehmen, und was wir über die anderen Teile Mitteleuropas wie über die Staaten Osteuropas denken, brauche ich hier nicht noch einmal zu wiederholen. Insofern sind zwei Symbole aussagekräftiger: die Tatsache, das Andrzej Szcy-piorski heute unter uns ist und zu uns spricht und — was in den letzten Tagen vor der deutschen Öffentlichkeit fast übersehen wurde — daß es Polen war, das in der laufenden UNO-Vollversammlung die Streichung der Feindstaatenklausel aus der UNO-Charta beantragt hat.

Aber auch hier müssen wir alle im Grundsätzlichen umdenken: So wie innerstaatlich mehr Sozialprodukt nicht mehr automatisch mehr Arbeitsplätze

und mehr Normen nicht mehr automatisch mehr Gerechtigkeit bedeuten, so wird auch der hergebrachte Nationalstaat nicht mehr allein zur Lösung aller Probleme ausreichen, und auf ähnliche Weise beginnt auch die jahrhundertealte Idee der Souveränität löchrig zu werden. Ein Staat, dem man eine Inflation oder Wolken voll saueren Regens einschleppen kann, ist ohnehin nicht mehr souverän im hergebrachten Sinne, und ein Europa ohne Souveränitätsverzicht wird nicht auf Dauer lebensfähig sein.

Was bleibt, ist die Frage, ob wir Deutschen selbst so einig sind, wie es notwendig ist, um unseren Aufgaben in der Welt gerecht zu werden.

Wer über dieses Thema spricht, von dem werden heute mehr Wehklagen als Aussagen erwartet. Aber daran will ich mich nicht beteiligen, zumal ich immer noch keinen gefunden habe, der mir erklären könnte, was „nationale Identität“ eigentlich ist — „nationale Identität“, die uns angeblich fehlt und die wir angeblich dringend benötigen.

Ich will das, was die beiden Teile des deutschen Volkes trennt, bei Gott nicht wegetuschieren. Vierzig Jahre der Trennung und des Lebens in ganz verschiedenen Gesellschaftssystemen haben natürlich tiefgreifende Unterschiede im Denken entstehen lassen. Aber man darf diese auch nicht ewig überbewerten. Vielfalt war stets nicht die Schwäche, sondern die Stärke der Deutschen. Einen wirklichen deutschen Einheitsstaat hat es schließlich nur zwölf Jahre lang gegeben, und das war die schlimmste Zeit unserer ganzen Geschichte, sowohl für Deutschland wie für alle anderen Völker.

Fragen wir also weniger, was uns noch trennt, sondern vielmehr, was uns schon

eint, und vor allem, wie wir unsere unterschiedlichen Lebenserfahrungen, die fortbestehen werden, für die Zukunft nutzen können. Im Osten wie im Westen unseres Vaterlandes ist so viel an Wissen, Kraft und Erfahrung vorhanden, was uns nur nützen kann. Warum klagen wir dann eigentlich über die Verschiedenheiten, die wir zu diagnostizieren glauben?

Verschiedenheit des Denkens und der Erfahrung ist doch nicht **Verschiedenwertigkeit**. Verschieden mögen wir ja noch sein, aber **gleichberechtigt** und vor allem **gleichwertig** sind wir trotzdem. Ich wiederhole hier bewußt, was ich beim Jubiläum der Reichsverfassung von 1919 in Weimar gesagt habe: Westdeutschland hat uns die erste erfolgreich erprobte demokratische Verfassung beschert. Ostdeutschland aber die erste erfolgreiche demokratische Revolution unserer Geschichte, und so ist es heute schon auf vielen Gebieten. Wir müssen nur die Augen aufmachen, um das zu sehen. Seit der Vereinigung wirken Ostdeutschland und Westdeutschland tagtäglich aufeinander ein, und wenn der westliche Einfluß im Osten zunächst auch eindeutig stärker war, so zeigt sich doch mehr und mehr, daß es hier keine Einbahnstraßen gibt.

Das funktioniert allerdings nur, wenn wir aufhören, uns gegenseitig vorzusagen, wie wir die Welt richtig zu sehen hätten und wie wir uns vor allem in der Vergangenheit richtig hätten verhalten sollen. Natürlich: wir wissen immer noch viel zu wenig voneinander, und ich bezweifle, daß es im Westen Deutschlands sehr viele Menschen gibt, die sich anmaßen dürften, Ostdeutschen vorzuhalten, wie sie sich in den bewußten vierzig Jahren richtig verhalten hätten; das kann eigentlich nur der, der diese Jahre am eigenen Leibe erlebt hat. In umgekehrter Richtung ist es genauso.

Also käme es doch eigentlich darauf an, daß wir mehr aufeinander hören, als daß wir uns belehren. Daß wir uns wechselseitig unsere Biographien erzählen, um daraus Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu erkennen. Daß wir uns austauschen und dabei unsere Einheit finden.

Denn am Ende kann ein Volk — wie übrigens das ganze Europa — nicht mit zwei Geschichten leben, sondern es muß eine einheitliche, ehrliche und nach keiner Seite geschönte Geschichte daraus werden. Ich weiß, daß Wissenschaftler — wenn auch bei weitem nicht alle — längst daran arbeiten. Aber das ist nicht nur eine Sache der Spezialisten. Es ist eine Sache, die uns alle angeht. Warum tun wir es dann so selten?

Und schließlich ein Letztes: Wenn wir heute über die Schwierigkeiten der „inneren Einigung“ klagen, so darf dabei nie vergessen werden, daß sie Spätfolgen der Teilung sind, daß diese Teilung Folge des letzten Krieges war und daß dieser Krieg von der ersten der beiden Diktaturen entfesselt wurde, die dieses Jahrhundert auf deutschem Boden gesehen hat.

In das vor uns liegende Jahr, das fünfte der Einheit, wird auch der 50. Jahrestag des Kriegsendes fallen. Er wird uns Gelegenheit geben, uns in der Verantwortung für die Geschichte zu einigen und für die Zukunft gemeinsam weiter zu lernen:

Nie wieder Krieg von deutschem Boden. Nie wieder Gewalt, Unfreiheit und Verfolgung Andersdenkender — oder anders Aussehender — auf deutschem Boden.

Das ist die Devise, unter der wir beide angetreten sind und unter der wir beide leben wollen — die Westdeutschen und die Ostdeutschen.

Mehr Bürgernähe durch eine einheitliche Polizeirufnummer

Die Kriminalitätslage in Deutschland gebietet, Überlegungen von Polizeiexperten zur Stärkung der inneren Sicherheit stärker zu berücksichtigen. Ungeachtet der Zuständigkeit der — mehrheitlich SPD-geführten — Bundesländer für Polizei und Justiz haben deswegen der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Hermann Lutz und Mitglieder des GdP Bundesvorstandes sowie der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages Erwin Marschewski, Maßnahmen zur weiteren Stärkung der inneren Sicherheit erörtert.

Übereinstimmung bestand, daß die Regelungen des auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion verabschiedeten Verbrechensbekämpfungsgesetzes wie die

- Kronzeugenregelung für organisiert Kriminelle,
 - Erhöhung der Strafraumen für Gewaltdelikte und
 - Erweiterung des Tatbestandes der Geldwäsche
- notwendig waren.

Begrüßt wurde auch die Neuregelung der Befugnisse des BGS im Bundesgrenzschutzgesetz.

Marschewski und Lutz forderten weiterhin, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

- Regelungen zum Einsatz technischer Mittel in Wohnungen seien ebenso nötig wie solche zum besseren Einsatz von verdeckten Ermittlern.
- Teile des Strafgesetzbuches bedürfen der Novellierung. Angesichts steigender Gewaltkriminalität kann nicht hingekommen werden, daß zwar versuchter Dieb-

stahl nicht aber der Versuch der (einfachen) Körperverletzung unter Strafe gestellt ist.

- Es müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, Hauptverhandlungen zu beschleunigen. Die hierzu getroffenen Neuregelungen im Verbrechensbekämpfungsgesetz müssen, soweit notwendig, auch durch Richtereinstellungen begleitet werden.

- Die Polizei muß von vollzugsfremden Aufgaben entlastet werden. Zum einen geht es nicht an, daß sie den „Hilfsarbeiter“ für eine Vielzahl von Fachbehörden abgibt, die keinen Notdienst eingerichtet haben. Zum anderen könnte auch hier eine größere Zahl von Aufgaben auf Private übertragen werden.

Schließlich wurde eine einheitliche Polizeirufnummer neben der Notrufnummer gefordert. Sie kann dazu beitragen, die Bürgernähe der Polizei zu erhöhen.

Bestrebungen, mehr Bürgernähe zu erzielen, werden auch zunichte gemacht, wenn auf Grund widersprüchlicher Verdachtsmomente ganze Einsatzabteilungen der Polizei der Fremdenfeindlichkeit bezichtigt und die Beamten vom Dienst suspendiert werden. Es ist der deutschen Polizei gelungen, fremdenfeindliche Kräfte aus ihren Reihen weitestgehend fernzuhalten. So wichtig und richtig es ist, gegen extremistische Beamte vorzugehen, so deutlich muß betont werden, daß diese keinesfalls das Bild von einer Viertel Million Polizisten prägen. Wir dürfen auch nicht zulassen, daß es zunehmend Methode wird, daß ausländische Straftäter verantwortungsbewußte Polizisten der Ausländerfeindlichkeit bezichtigen, um von ihren Straftaten abzulenken.

Rentenanpassung zum 1. Januar 1995 in den neuen Bundesländern

● Rentenanpassung

Mit der Anpassung der Renten in den neuen Bundesländern zum 1. Januar 1995 wird der dort für das erste Halbjahr 1995 erwartenden Lohn- und Gehaltsentwicklung Rechnung getragen und ein Netto-rentenniveau gesichert, das dem in den alten Ländern entspricht. Dies wird durch einen Anpassungssatz von 2,78 Prozent erreicht. Unter Berücksichtigung des ab 1. Januar 1995 geltenden Eigenanteils der Rentner an der Beitragszahlung zur Pflegeversicherung in Höhe von 0,5 Prozent ergibt sich eine effektive Erhöhung der verfügbaren anpassungsfähigen Rentenbeiträge um 2,23 Prozent. Auch zum 1. Juli 1995 werden die Renten in den neuen Ländern wie in der Vergangenheit erhöht, und zwar nach heutigem Erkenntnisstand mit einem Anpassungssatz in einer etwa gleichen Größenordnung. Unter der Voraussetzung, daß die Juli-Anpassung in etwa gleicher Höhe ausfällt, ergibt sich für 1995 eine Erhöhung der anpassungsfähigen Renten um effektiv gut 5 Prozent.

● Eckrente

Zum 1. Januar 1995 erreicht die Eckrente (45 Versicherungsjahre mit Durchschnittsverdienst) in den neuen Bundesländern 77,2 Prozent der Eckrente West. Derzeit beträgt dieser Wert noch 75,1 Prozent. Die Eckrente steigt dann von 1.451 DM auf 1.484 DM pro Monat. Die durchschnittliche Versichertenrente netto wächst auf 1.236 DM an. Am 30. Juni 1990 — dem Tag vor Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

— betrug dieser Wert noch 475 Mark (Ost). Dementsprechend ergibt sich eine Steigerung der durchschnittlichen Versichertenrente im Zeitraum vom 30. Juni 1990 bis zum 1. Januar 1995, also innerhalb von viereinhalb Jahren, auf das 2,6fache der früheren Rentenhöhe. In der Zeit von 1989 sind die Rentenausgaben in den neuen Ländern von 16,7 Milliarden Mark (Ost) auf 63,5 Milliarden DM gestiegen, dies entspricht einer Steigerung um 280 Prozent.

● Kriegsoferversorgung

Auch die Leistungen der Kriegsoferversorgung werden entsprechend der effektiven Rentenanpassung um 2,23 Prozent erhöht. In den neuen Ländern erhalten derzeit rund 210.000 Versorgungsberechtigte Leistungen nach dem sozialen Entschädigungsrecht. Für die Kriegsofopper werden im kommenden Jahr in den neuen Ländern voraussichtlich über 1,8 Milliarden DM ausgegeben.

● Neue Beitragsbemessungsgrenzen für 1995

Die Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten wird 1995 7.800 DM/Monat (Knappschaftliche Rentenversicherung: 9.600 DM/Monat) betragen; die Beitragsbemessungsgrenze (Ost) beträgt 6.400 DM/Monat (Knappschaftliche Rentenversicherung: 7.800 DM).

● Senkung des Beitragssatzes

1995 wird der Beitragssatz von derzeit 19,2 Prozent auf 18,6 Prozent gesenkt.

Studie zur STATT-Partei und über den „Bund freier Bürger“

Mit der STATT-Partei und dem „Bund freier Bürger“ beschäftigt sich die soeben erschienene Interne Studie Nr. 81/82/1994 der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Peter Gluchowski und Jürgen Hoffmann analysieren die STATT-Partei: Aufstieg und schneller Fall einer Protestpartei. Ausgehend von der Entstehung und Entwicklung der STATT-Partei in Hamburg zeichnen sie Organisationsstruktur, Parteiführung, Selbstverständnis und Programmgrundsätze sowie die praktische Arbeit der STATT-Partei in der Hamburgischen Bürgerschaft nach. Auch widmen sie sich den Turbulenzen um die bundesweite Ausdehnung der STATT-Partei und dem Abschneiden bei den Wahlen des Jahres 1994. Die Bilanz der Autoren: „Die STATT-Partei, die zweifellos die große politische Überraschung des Jahres 1993 war, steht nach ihrem extrem schwachen Abschneiden bei der Europawahl 1994 nur ein Jahr nach der Gründung vor dem politischen Aus. Der Grundwiderspruch, der in der STATT-Partei angelegt ist, bleibt unaufgelöst: Als Partei gegen die Parteien kann man nicht überleben. Markus

Wegners Experiment einer „Unmutspartei mit unscharfem Profil“ könnte damit im Ergebnis eine Rückkehr der Bürger zu den Volksparteien bewirken.“

Hartmut Grewe beschäftigt sich mit dem „Bund freier Bürger“: Die Brunner- oder Anti-Maastricht-Partei vor und nach der Europawahl 1994. Er schildert die Vorgeschichte der Parteigründung, die Schwierigkeiten beim Aufbau der Organisation und das politisch-programmatische Profil, insbesondere die europapolitischen Ansätze. Weitere Kapitel sind der Deutschlandpolitik, dem wirtschaftspolitischen Programm, der Medienresonanz und dem politischen Image der Partei gewidmet, ebenso den Kontakten mit anderen europäischen Maastricht-Gegnern und dem mißlungenen Wählerertest bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 1994.

Die Parteidarstellungen sind mit einem Tabellen- und Statistikteil versehen.

Die Studien können über die Pressestelle der Konrad-Adenauer-Stiftung unter der Rufnummer (02241) 246-441 oder der Faxnummer (02241) 246-591 bestellt werden.

● Renten Anpassung zum 1. Januar 1995 für Renten mit Leistungen aus Zusatz- und Sondersversorgungssystemen

Bis zur Neuberechnung werden die Renten mit Leistungen aus Zusatz- und Sondersversorgungssystemen auf die Basis der vorläufigen und pauschalen Umwertung

angepaßt. In diesen Fällen kommt es bei über 80 Prozent der Versichertenrenten bei ehemals Zusatzversorgten zu einer vollen Brutto-Anpassung von 2,78 Prozent, bei weiteren rund 2 Prozent der Renten zu einer teilweisen Anpassung von weniger als 2,78 Prozent. Bei den Hinterbliebenenrenten liegt der Anteil der von der Anpassung begünstigten Renten deutlich höher. ■

Reiner Böge: Die Landwirtschaft stärken statt Bauern entmutigen

Die über 100 Teilnehmer des agrarpolitischen Gesprächs der CDU mit Bundeslandwirtschaftsminister Borchert waren sich in ihrem Urteil einig: Die Bundestagswahl am 16. Oktober wird für die deutsche Landwirtschaft eine Schicksalswahl. Nach dem Bekanntwerden der Pläne des SPD-Kandidaten Scharping, das Landwirtschaftsministerium aufzulösen und dem Umweltministerium einzuverleiben, ist klar, daß die SPD für die Landwirtschaft nichts mehr übrig hat.

Das Thema Landwirtschaft und Umwelt ist wichtig gerade für die Landwirtschaft, die mehr als andere Wirtschaftszweige mit der Natur und Umwelt verflochten ist. Aber Landwirtschaft ist mehr als Umweltpolitik. Die deutsche Landwirtschaft braucht realistische Konzepte und eine sachkundige, schlagkräftige Interessenvertretung in Europa. Die Nominierung der Greenpeace-Aktivistin Monika Griefahn durch die SPD läßt den Schluß auf das Gegenteil zu. In Niedersachsen, wo Frau Griefahn seit vier Jahren Verantwortung für das Umweltressort trägt, hat sie einseitige Beschlüsse gegen die Landwirtschaft durchgesetzt. Jeder Quadratmeter Land ist heute überplant. Einseitig werden Vorranggebiete für den Naturschutz ausgewiesen, denen alle anderen Nutzungen untergeordnet sind.

Das niedersächsische Naturschutzgesetz kann Landwirten zur Falle werden, wenn sie z. B. an freiwilligen Grünlandextensivierungsprogrammen teilnehmen. Teilweise sind die Flächen nach Ablauf der Bewirtschaftungsverträge unter Biotopschutz gestellt. Das heißt: hohe Auflagen und kein Ausgleich.

Programmatisch steht Frau Griefahn für flächendeckende Extensivierung und für eine schwarz/weiß Malerei. Für sie ist nur die ökologische Landwirtschaft gut. Sie soll zwangsweise großflächig durchgepaukt werden. Nach der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft und den wirtschaftlichen und sozialen Problemen der Landwirte und ihrer Familien wird nicht gefragt. Es geht der SPD nicht mehr um realistische Konzepte, die den Betrieben die Zukunft sichern und gleichzeitig auch meßbare Umwelterfolge bringen, sondern die Landwirtschaft soll einfach zum ökologischen Dauerstörfall erklärt werden. Auch den Landwirten in den neuen Bundesländern müßte jetzt klar sein, daß die SPD mit gespaltener Zunge spricht. Wie die PDS versucht sie, die Landwirte gegeneinander auszuspielen. Die Landwirte sollten es nicht zulassen, daß die Neiddiskussion der SPD und PDS auch in die Landwirtschaft getragen wird. Die CDU will eine zukunftsweisende Agrarpolitik, die der Landwirtschaft überall in Deutschland Chancen eröffnet. Worauf es jetzt ankommt, ist die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, eine ausgeglichene Marktentlastung, die gezielte Förderung von Leistungen für die Umwelt, die den Landwirten dann aber auch voll abgegolten werden, die soziale Flankierung des Strukturwandels, die Schaffung zusätzlicher Erwerbsalternativen und eine umfassende Entwicklung der ländlichen Räume. Mit dem agrarpolitischen Teil ihres Regierungsprogramms „Landwirtschaft stärken statt Bauern entmutigen“ haben die Unionsparteien den richtigen Weg für die nächste Legislaturperiode aufgezeigt.

Günter Rinsche: Den Mittelstand in der Europäischen Union stärken

Der Bundesfachausschuß Europapolitik der CDU hat unter seinem Vorsitzenden Professor Dr. Günter Rinsche MdEP, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, auf seiner letzten Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

Deutschland und die Europäische Union stehen im zunehmenden globalen Wettbewerb mit den Wachstumsregionen in Asien, Nord- und Lateinamerika. Sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der Europäischen Union hat sich das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bewährt. Insbesondere die mittelständische Wirtschaft hat sich als Garant für eine dynamische und flexible Wirtschaftsentwicklung erwiesen. Die Bewahrung und Stärkung einer wettbewerbsfördernden mittelständischen Wirtschaft in der Europäischen Union ist unabdingbar für die wirtschaftliche Zukunft unseres Kontinents. Der Bundesfachausschuß Europapolitik spricht daher folgende Empfehlungen aus:

1. Unter den Begriff „KMU“ (Kleine und mittlere Unternehmen) sollten alle Unternehmen bis zu 500 Beschäftigte bzw. bis zu 50 Mio. ECU-Jahresumsatz fallen.

2. Alle Anstrengungen müssen unternommen werden, um den 1. Januar 1997 als Termin für die Umstellung der Umsatzbesteuerung auf das Ursprungslandprinzip einhalten zu können. Damit würden vor allem die von der gegenwärtig geltenden EU-Übergangsregelung besonders belasteten kleine und mittlere Unternehmen (KMU) deutlich entlastet, was dem innergemeinschaftlichen Handel wichtige Impulse geben würde.

3. Es sollten Grundlagen erarbeitet werden, um die KMU, auch die als Kapitalgesellschaften firmierenden KMU, von der Verpflichtung zur Publizität zu befreien, es sei denn, sie werden an der Börse notiert. Dadurch könnten die KMU vor wettbewerbsschädlichen Konzentrationsbestrebungen und Marktverdrängungen geschützt werden. Die Europäische Union sollte im Rahmen ihrer mittelstandspolitischen Konzeption baldmöglichst klären, ob der Unternehmensschutz gegenüber dem Gläubigerschutz gestärkt werden kann.

4. Ein wichtiger Beitrag zur Deregulierung wäre die Vereinfachung von komplizierten bürokratischen und teilweise auch unverständlichen Antragsverfahren bei der Forschungs- und Entwicklungsförderung und anderen mittelstandspolitischen EU-Förderprogrammen. Die Vielfalt der Einzelprogramme sollte auf wenige Schwerpunkte konzentriert werden.

5. Die Erleichterung des Güterausstausches zwischen der Europäischen Union und den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas ist zu begrüßen. Allerdings sollte darauf hingewirkt werden, daß die Produkte der bereits assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas den gemeinsam vereinbarten technischen Mindeststandards im Bereich der Sicherheit und des Umweltschutzes entsprechen.

6. Die Ausschreibungen der Europäischen Kommission sollten in allen Arbeitssprachen zeitgleich vorgenommen werden. Dieses dient der Chancengleichheit der kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere auch in den neuen Bundesländern.

Kulturpolitik des Bundes im Zeichen der Vereinigung

Die Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Unterausschuß „Kunst und Kultur“ des Deutschen Bundestages, Roswitha Wisniewski, erklärte in einem Rückblick auf die 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages:

Nach der ersten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages war die jetzt zu Ende gehende Legislaturperiode die wichtigste, aber sicher auch eine der erfolgreichsten Legislaturperioden in unserer Bundesrepublik Deutschland. Dabei hat es sich als richtig erwiesen, daß Kunst und Kultur in einem eigenständigen Unterausschuß des Innenausschusses des Deutschen Bundestages parlamentarisch behandelt werden konnten.

Die Überwindung einer 40 Jahre andauernden Teilung Deutschlands und die notwendige Zusammenfügung zweier sehr unterschiedlicher Teile Deutschlands beherrschte alle Felder der Politik. Im Bereich der Kulturpolitik galt es, ein zentralistisches und ideologisch ausgerichtetes Kulturschaffen in ein föderal strukturiertes, dezentrales System auf der Grundlage freiheitlichen demokratischen Denkens überzuleiten.

Kulturelle Förderung der neuen Bundesländer

Der Bund hat nach der Vereinigung Deutschlands die Kultur in den neuen Bundesländern beträchtlich gefördert und ist damit in Artikel 35 Einigungsvertrag ihm übertragenen Aufgabe, kulturelle Substanz in den neuen Bundeslän-

dern zu erhalten, nachgekommen. Für die Übergangsfinanzierung im kulturellen Bereich wurden in den Jahren 1991 bis 1993 insgesamt rund 3,3 Mrd. DM zur Verfügung gestellt. Diese Maßnahmen bilden einen wesentlichen Bestandteil der Bemühungen um die Herstellung der inneren Einheit. Durch erheblichen Einsatz ist es auch gelungen, daß den neuen Bundesländern aus dem Vermögen der Parteien der ehemaligen DDR im Jahre 1994 für kulturelle Zwecke 250 Mio. DM zur Verfügung gestellt wurden.

Erst nach Stärkung ihrer eigenen Finanzen über den Fonds Deutsche Einheit 1993 und 1994 und nach Einbeziehung in den Finanzausgleich ab 1995 wird den neuen Bundesländern also zugemutet, ihren Kulturbereich verstärkt in eigener Regie zu fördern und damit eigene kulturpolitische Verantwortung zu übernehmen.

Eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Deutschen Bundestages und Vertretern der Bundesregierung hatte in einem Programm Vorschläge für die dauerhafte Förderung der Kulturlandschaften in den neuen Bundesländern erarbeitet. Auf dieser Grundlage beschloß das Bundeskabinett, daß sich der Bund ab 1. Januar 1995 durch institutionelle Mitfinanzierung der laufenden Kosten und durch Hilfe für Baumaßnahmen dauerhaft an ausgewählten Kultureinrichtungen von nationaler Bedeutung in den neuen Ländern beteiligen wird („Leuchtturm-Programm“).

Zu bisher schon geförderten Einrichtungen wie Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci, Bauhaus Dessau, Bacharchiv Leipzig, Stiftung Weimarer Klassik kommen ab 1. Januar 1995 weitere hinzu:

Wartburg bei Eisenach, Luther-Gedenkstätten in Wittenberg und Eisleben, Franckesche Stiftungen in Halle, Pückler-Park in Bad Muskau und in Cottbus-Branditz, Deutsches Museum für Meereskunde und Fischerei in Stralsund, Kleist-Gedenk- und Forschungsstätte in Frankfurt/Oder, Lessing-Gedenkstätte in Kamenz, Arbeitsgemeinschaft mitteldeutscher Barockmusik in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Für den Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden sind aus Münzgewinnen zusätzliche Mittel in Höhe von 45 Mio. DM vorgesehen.

Weiter wurde ein Konzept zur Förderung von Mahn- und Gedenkstätten entwickelt; es umfaßt neben der zentralen Gedenkstätte des Bundes, der Neuen Wache in Berlin, Gedenkstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung wie Buchenwald und Sachsenhausen. Erwähnt sei auch, daß sich die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages für eine würdige Gestaltung der im Ausland liegenden Mahn- und Gedenkstätten, so in Auschwitz, eingesetzt hat.

Kultur in der Hauptstadt Berlin

Wir haben uns auch für eine hinreichend günstige Regelung für die Beteiligung des Bundes an den kulturellen Aufgaben Berlins als deutscher Hauptstadt eingesetzt. Die kulturelle Ausstrahlungskraft Berlins muß erhalten bleiben. Dies gilt sowohl hinsichtlich des Bestandes und der Darbietungsmöglichkeiten der berühmten Orchester und Chöre, Opern, Museen und anderer kultureller Einrichtungen wie auch der Kulturbauten, die eine Hauptstadt als Hauptstadt kennzeichnen und die allein durch ihre Existenz Bürgerinnen und Bürger kulturell ansprechen und politisch fordern. Im Zusammen-

hang mit der kulturellen Funktion Berlins haben wir uns auch für die Vollendung des Kulturforums gemäß den Plänen von Hans Scharoun, Erbauer von Philharmonie und Staatsbibliothek, eingesetzt. Dabei haben wir eine sachgerechte Lösung für die Erweiterung der Staatsbibliothek und die Einbeziehung der alten Staatsbibliothek „Unter den Linden“ gefordert.

Ostdeutsche Kulturarbeit

Der politische Wandel in Osteuropa hat auch für die von der CDU/CSU stets gestützte, von den Vertriebenen vielfach initiierte ostdeutsche Kulturarbeit neue Möglichkeiten eröffnet. Wir unterstützen daher das von der Bundesregierung bis 1999 geplante Aktionsprogramm zur Wahrung unseres kulturellen Erbes in Osteuropa. Darin ist vorgesehen, die Einrichtung zur Pflege unseres kulturellen Erbes weiter zu fördern. Damit erfährt die von den Vertriebenen und ihren Verbänden in den Nachkriegsjahren geleistete Arbeit zur Wahrung unseres kulturellen Erbes eine Ausweitung und damit auch Aufwertung.

Mit der Unterstützung des Aktionsprogrammes der Bundesregierung wird unterstrichen, daß wir uns dem kulturellen Erbe und der geistigen Substanz der deutschen Kulturlandschaften des Ostens als Teil der gesamten deutschen Kultur verpflichtet fühlen.

Wir haben die Aufnahme eines Kulturartikels in den Maastrichter Vertrag ausdrücklich begrüßt, wodurch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Bedeutung der Kultur für alle Politikbereiche anerkannt haben. Zugleich wurde die Bundesregierung aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß die Vielfalt der europäischen und internationalen Kultur in

einem gemeinsamen Europa nicht gefährdet, sondern dem Grundsatz der Subsidiarität entsprechend beachtet wird.

Künftige Kulturpolitik des Bundes

Die zukünftige Kulturpolitik des Bundes hat durch den Beschluß der Kultusministerkonferenz von Anfang Dezember 1993, eine Kulturförderung des Bundes ausdrücklich anzuerkennen, eine neue Grundlage erhalten. Damit wird von allen Seiten zugestanden, daß Kulturpolitik nicht allein Sache der Länder und Kommunen ist. Der im März 1987 von den Ländern anläßlich der Errichtung der Kulturstiftung der Länder gefaßte Beschluß, wonach der Bund außerhalb der Tätigkeit der Kulturstiftung keine neuen Aktivitäten im innerstaatlichen Kulturbereich ergreifen dürfe, wird damit revidiert. Es wurde somit anerkannt, daß im Zuge der Deutschen Einheit Bund und Länder gemeinsam kulturelle Einrichtungen über die bestehenden Absprachen hinaus fördern mußten und gefördert haben. Daraus wird sich jetzt eine prinzipielle Neuordnung ergeben.

Die Länder haben Kriterien für kulturelle Förderungsmaßnahmen des Bundes festgelegt, die einleuchtend sind und sich von selbst verstehen: künstlerische und kulturelle Qualität, innovative kulturelle Bedeutung, Einzigartigkeit und herausragende Stellung, europäische und internationale Ausstrahlung. Diese einstimmig getroffene Feststellung der Länder bildet eine Grundlage für die Weiterentwicklung der Kulturpolitik des Bundes und für die begonnenen Gespräche zwischen Bund und Ländern über die Auswahl kultureller Einrichtungen und Projekte. Auf der Basis der beschlossenen Kultur-

haushalte konnte die Bundesregierung wichtige Vorhaben wie zum Beispiel:

- Ankäufe zeitgenössischer Kunst
- Projekte des Deutschen Musikrats, insbesondere die Förderung des Musikinstrumentenfonds und des Dirigentennachwuchses
- die kulturelle Filmförderung und die Stiftung des Deutschen Filmpreises sowie die Förderung des Kinder- und Jugendfilms
- den Erhalt der ostdeutschen Filmkultur

leisten. National wertvolle Kulturgüter konnten erhalten und zurückgeführt werden.

Mit der Kunst- und Ausstellungshalle des Bundes in Bonn, dem Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn und dem Deutschen Historischen Museum in Berlin wurde dafür gesorgt, daß Kunst und Kultur auch in ihren gesamtstaatlichen Aspekten deutlich werden und Bürger unseres Landes dazu leichter Zugang finden.

Private Förderung von Kunst und Kultur

In Zukunft muß noch stärker als bisher darauf hingearbeitet werden, daß privates Kapital zur Finanzierung von Kunst und Kultur gewonnen werden kann. Staatliche Förderung von Kunst und Kultur darf nicht zur Abhängigkeit und Einmischung in die Freiheit von Kunst und Kultur führen. Von daher plädieren wir auch dafür, daß sich vermehrt Private an der Finanzierung von Kunst und Kultur engagieren. Es müssen daher weitere Anreize gegeben werden, damit mehr privates Kapital zur Finanzierung von Kunst und Kultur zur Verfügung gestellt wird.

Russische Regierung will 39 Mrd Rubel für Deutsche in Rußland bewilligen

Nach Rückkehr von seiner Reise nach Moskau und Omsk (Westsibirien) erklärte Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern und Beauftragter der Bundesregierung für Ausiedlerfragen:

In den Gesprächen mit Vizeministerpräsident Schachraj und Minderheitenminister Jegorow in Moskau wurden insbesondere drei Aufgabenbereiche behandelt:

- Bereitstellung russischer Finanzmittel für die deutschen Siedlungsschwerpunkte in Rußland,
- Förderung der kulturellen Autonomie der Rußlanddeutschen sowie die
- Errichtung eines Deutschen Zentrums in Moskau als Zentrale der Verbände und Einrichtungen der Rußlanddeutschen.

Zu allen drei Schwerpunkten versprochen die russischen Regierungsvertreter nachhaltige Unterstützung. Im September 1994 sollen weitere Mittel aus dem russischen Haushalt bereitgestellt werden. Rußland will 39 Mrd Rubel 1994 bewilligen. Für die Verbände der Rußlanddeutschen prüft die russische Regierung die Schenkung eines Grundstücks des russischen Staates. Vizeministerpräsident Schachraj will sich darum persönlich kümmern. Bezüglich der Kulturautonomie wurde darauf verwiesen, daß die russische Regierung inzwischen ein Gesetz zur Kulturautonomie für Volksgruppen in Rußland ausgearbeitet hat. Den Vertretern der Rußlanddeutschen wurden weitere Gespräche dazu angeboten.

Die Einweihung des größten Evangelischen Kirchenzentrums Rußlands in

Omsk wurde zu einem besonderen ökumenischen Ereignis. Neben mehreren evangelischen Bischöfen und Vertretern des Lutherischen Weltbundes waren auch Bischöfe der Katholischen Kirche und der Russisch-Orthodoxen Kirche anwesend, was ein besonders wichtiger Tatbestand für die Zusammenarbeit der Kirchen in Rußland ist. Die Kirche wird als zentrale Kathedrale für ganz Sibirien dienen und zugleich Begegnungs- und Ausbildungsstätte sein.

Für die 600.000 Rußlanddeutschen in Westsibirien soll sie ein neues geistliches Zentrum nach Jahrzehnten der kommunistischen Verfolgung wegen ihres christlichen Glaubens werden. In Omsk wird in Kürze auch eine große deutsche Abteileröffnung einer Zentralbücherei Westsibiriens eröffnet, die das Gebiet Omsk errichtet hat. Sie soll insbesondere den 150.000 Deutschen im Gebiet Omsk zugute kommen.

50.000 Deutsche nach Omsk

Der Deutsche Rayon (Kreis) Asowo im Omskgebiet ist inzwischen ein Erfolgsmodell für die deutsch-russische Zusammenarbeit zugunsten der Rußlanddeutschen geworden. Der deutsche Landrat des Kreises Asowo, Prof. Bruno Reiter, hat ein Entwicklungsprogramm in Ausführung, das die Voraussetzungen für die Aufnahme von Zehntausenden Deutschen aus Kasachstan schafft. Das Gebiet Omsk hat seine Bereitschaft erklärt, weitere 50.000 Deutsche aus Mittelasien aufzunehmen. Der deutsche Kreis Asowo wird neuerdings mit 100 deutschen Dörfern zu einem deutschen „Regionalverband Omsk“ verbunden.

17.000 Nutzer seit Ende 1992

Die von der Bundesregierung eingerichteten Seniorenbüros schließen eine Marktlücke in der Altenarbeit. Das belegen erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojekts, die dem Bundesseniorenministerium jetzt vorliegen. Danach haben seit Beginn des Projektes Ende 1992 insgesamt etwa 17.000 ältere Menschen, Gruppen, Verbände und Institutionen das Beratungsangebot der über ganz Deutschland verteilten rund 32 Büros genutzt, teilte Bundesseniorenministerin Hannelore Rönsch mit.

Die älteren Menschen haben durch die Seniorenbüros Informationen über Möglichkeiten des Engagements erhalten, sind in ehrenamtliche soziale Aufgaben oder in nachberufliche Tätigkeiten vermittelt worden, oder sie haben Kontakt zu anderen Älteren beispielsweise in Selbsthilfegruppen gefunden.

Weitere elf Seniorenbüros befinden sich im Aufbau. Vom Bund wurden bisher für das Modellprogramm fünf Millionen Mark ausgegeben. Für 1994 stehen dem im Rahmen des Bundesaltensplans geförderten Projekt weitere sechs Millionen Mark an Bundesmitteln zur Verfügung.

Folgende Bundesländer beteiligen sich bislang mit eigenen Mitteln am Modellprogramm Seniorenbüro: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen.

Das Bundesministerium für Familie und Senioren darf aufgrund der Verfassung das Projekt Seniorenbüro nur im Rahmen einer Modellmaßnahme fördern, das bedeutet, die finanzielle Unterstützung muß zeitlich befristet sein. Diese Modelllaufzeit beträgt derzeit drei Jahre. Dann

müssen andere Finanzierungswege greifen, um eine Dauerfinanzierung der Büros zu gewährleisten.

Die Büros werden von den Trägern ganz unterschiedlich ausgestaltet und erweitert. In einigen Seniorenbüros sind Wissens-, Informations- und Kontaktbörsen entstanden. Andere bieten Gesundheitstraining, Sozialberatung, Kurse, Vorträge und Freizeitaktivitäten an. Manche Büros geben Zeitungen, Informationsblätter oder Veranstaltungskalender heraus. Eine Fahrradreparaturwerkstatt ist ebenso zu finden wie ein Service „Oma/Opa auf Zeit“. In vielen Büros finden Gesprächskreise für ehrenamtlich Tätige statt.

**32 Büros bestehen schon,
11 weitere sind im Aufbau.**

Das Modellprogramm Seniorenbüro ist ein Programm von Senioren für Senioren geworden. Die Beteiligung älterer Menschen bei der Gestaltung der Seniorenbüros ist ein zentraler Gesichtspunkt. Die Büros arbeiten immer im Zusammenwirken zwischen professionellen Kräften und ehrenamtlich tätigen Senioren. In der Regel stehen eineinhalb hauptamtliche Stellen zur Verfügung.

Träger der Seniorenbüros sind Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Kirchengemeinden, Seniorenorganisationen, freie Initiativen und Fachinstitute. Die Büros stehen nicht in Konkurrenz zu anderen schon bestehenden und etablierten Organisationen oder zu den Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, sondern unterstützen und ergänzen sie. Eine wichtige Aufgabe der Seniorenbüros liegt in der Koordination und Vernetzung der verschiedenen Angebote der Altenarbeit in der Kommune.

Wahlkampf-Endspurt

Jetzt tobt sie wieder: die Schlacht der Umfrage-Institute! Wir sollten uns jedoch von den Umfrage-Ergebnissen weder einlullen noch verrückt machen lassen. Für uns gilt: Die Wahl ist erst am Wahltag um 18.00 Uhr, wenn die Wahllokale schließen, beendet. Deshalb kämpfen wir bis zum Schluß um jede Stimme. Hier einige Tips für die letzten Tage und den Wahltag:

● Plakate kontrollieren/ Nachkleben

Beschädigte Plakatständer mit abgerissenen Parteiplakaten machen einen schlechten Eindruck. Ein abendlicher Rundgang zahlt sich aus: Ordentliche Partei-Werbung zeigt allen Wählern „hier ist eine engagierte Truppe“ am Werk! Hierzu haben wir in der vergangenen Woche an alle Kreisgeschäftsstellen 500 Exemplare des Plakates „Helmut Kohl“ mit dem Aufdruck „Es geht um Deutschland“ geliefert.

● Fahrdienst

Damit am Wahltag z. B. auch ältere Menschen und Gehbehinderte zum Wahllokal kommen, können Sie einen Zubringerdienst organisieren. Erkundigen Sie sich auch, wer es in Ihrer Nachbarschaft schwer hat zum Wahllokal zu kommen. Es hat sich bewährt, eine Telefonnummer in der Kreisgeschäftsstelle zu veröffentlichen und das Telefon am Wahltag besetzt zu halten.

● Nicht vergessen: Türanhänger verteilen!

Im Mitgliedermagazin der CDU hat jedes Mitglied einen Satz Türanhänger zum Herausreißen erhalten. Im Europawahlkampf war diese Türanhängeraktion ein großer Erfolg. Es lohnt sich, auch im Bundestagswahlkampf, Freunde und Nachbarn noch einmal daran zu erinnern, ihre Stimme für die CDU abzugeben.

● Wahlparty

Laden Sie alle Wahlhelfer zu einer Wahlparty ein. Nach dem Wahltag bekommen Sie nie mehr alle Helfer zusammen. Ein gemeinsames Fest verbindet.

● Plakate abräumen

Organisieren Sie rechtzeitig das Einholen der Plakatständer nach der Wahl. Es macht einen schlechten Eindruck, wenn unansehnliche Wahlplakate noch lange nach der Wahl herumstehen oder hängen. Je schneller Sie die Plakatständer wegräumen, desto weniger gehen auch verloren.

● Material notfalls selbst abholen

Für die normale Bestellung beim Versandzentrum ist es in der letzten Woche zu spät, da eine rechtzeitige Zustellung nicht mehr garantiert werden kann. Die einzige Möglichkeit für denjenigen, der unbedingt noch Material benötigt: Das Material selbst beim Versandzentrum abholen. Wichtig ist dabei jedoch: Geben

Selbstverständlich wählen gehen!

Wahlenthaltung ist so gefährlich wie eine Impflücke

Mehr als 40 Prozent der Wahlberechtigten sind bei den Landtagswahlen in Brandenburg und in Sachsen am 11. September nicht zur Wahl gegangen.

Am 12. September, als die Zeitungen auf der ersten Seite die Wahlergebnisse brachten, stand in den vermischten Nachrichten auf der letzten das Ergebnis einer Umfrage der Wickert-Institute.

Danach sind 93 Prozent der Befragten gegen das Umfärben von Telefonhäuschen in graue oder rosa Zellen und wollen, daß die Post beim Postgelb bleibt.

Sie beweisen damit einen sicheren Instinkt dafür, daß Farbsignale nur dann zuverlässig ihren Zweck erfüllen, wenn sie nicht wechseln.

Man braucht nicht über allgemeine Orientierungslosigkeit zu klagen, wenn ausgerechnet die Post mit neuen Modefarben Orientierung erschwert und zur Verwirrung beiträgt.

Wie sich aber auch Selbstverständliches mit der Zeit nicht mehr von selbst

versteht, zeigt die große Mehrheit immer dann, wenn es um etwas geht, was schon zu lange selbstverständlich ist, und wenn weder Angst noch Ärger alarmieren.

So wird bei guter Gesundheit deren Gefährdung nicht mehr gesehen. Sicherheit macht leichtsinnig. Vorsorge erscheint überflüssig. Das Verständnis z.B. für den Zusammenhang von Krankheitsrisiko und Impfschutz geht verloren.

Die schützende Hülle wird immer dünner, bis sie reißt. Die Krankheit bricht aus und richtet wieder große Schäden an, die mit geringem Aufwand hätten vermieden werden können.

Impfung auffrischen

Der Vergleich braucht nicht bis ins Detail übersetzt zu werden: Alle Bürgerinnen und Bürger profitieren von der Selbstverständlichkeit der Freiheit. Sie versteht sich aber dann nicht mehr von selbst, wenn Wählerinnen und Wähler es verschlafen, die „Impfung“ gegen Unfreiheit alle vier Jahre wieder aufzufrischen.

Sie Ihre Bestellung unbedingt am Vortage per Fax oder Telefon durch, damit alles rechtzeitig für die Abholung vorbereitet werden kann. Hier noch einmal die Anschrift:

IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax: (05423) 4 15 21; 54 69
Tel.: (05423) 1 52 27

Die Abholung erfolgt dann bei:

Bertelsmann Distribution GmbH
Lager Schumacher/CDU-Lager
Westkirchener Str. 73
59320 Ennigerloh

und zwar ist die Abholung montags bis freitags in der Zeit von 7.00 bis 12.00 Uhr und von 13.00 bis 15.30 Uhr möglich.

WÄHLEN GEHEN!

16. Oktober 1994
Deutschland zuliebe!

Damit es
weiter
aufwärts
geht

Beide Stimmen
CDU ~~X~~ ~~X~~ ~~X~~ ~~X~~

WÄHLEN GEHEN!

e Mitbürgerinnen
nd Mitbürger,

in am 16. Oktober 1994
entscheidenden Wei-
ngen. Wir bitten Sie
it großem Nachdruck:
auf jeden Fall zur Wahl!
damit die demokrati-
te und verhindern zu-
extreme Positionen von
rechts politisch Gewicht
Die Bundesrepublik
braucht handlungs-
mentarische
Dazu tragen Sie mit
bei!

hen Sie zur Wahl!

hen Sie CDU,
beiden Stimmen!
~~X~~ ~~X~~ ~~X~~ ~~X~~

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle · Friedrich-Ebert-Allee 175 · 53113 Bonn · Druck: WinklerMedia · 1009941 · 100941

Türanhänger mit Wahlaufruf

Mit diesem Türanhänger können Sie am Wahltag die letzten Unentschlossenen noch einmal an die Bundestagswahl erinnern. Planen Sie deshalb jetzt Ihre Türanhänger-Aktion, damit am Wahltag genügend Anhänger und motivierte Helfer zur Verfügung stehen.

Bestell-Nr.: **1987**
Verpackungseinheit:
250 Expl.
Preis je 250 Expl.:
22,— DM



Erkennungszeichen als „Pin“

Bestell-Nr.: **9041**
Verpackungseinheit:
25 Expl.
Preis je 25 Expl.:
24,50 DM

Wir danken
für Ihr Vertrauen
CDU

Plakat-Überkleber „Wir danken für Ihr Vertrauen“

auf grün fluoreszierendem Papier
Größe: 15 cm x 42 cm
Bestell-Nr. **8196**
Mindestabnahme: 250 Expl.
Preis je 250 Expl.:
39,50 DM zzgl. MwSt.

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Telefax (05423) 41521

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

33/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119, **Vertrieb:** Tel. (02 28) 5307-189, **Verlagsleitung:** Bernd Profittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 3805000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** vva Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.